

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 2

Artikel: Kurswechsel : zwischen Planung und Sinnsuche
Autor: Baumgartner, Armin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-165159>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Armin Baumgartner

Kurswechsel

Zwischen Planung und Sinnsuche

Kurswechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung

Unter den einsichtigen Zeitgenossen besteht weltweit Einigkeit über die Notwendigkeit eines globalen Kurswechsels. Spätestens seit dem ersten Bericht des *Club of Rome* vor zwanzig Jahren ist der moderne Mythos vom unbegrenzten Wachstum erschüttert. Dass die steigende Umweltbelastung und Ressourcenverschwendung letzten Endes die Gefahr heraufbeschwören, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören, wird kaum mehr bestritten. Entsprechend wurde das öffentliche Bewusstsein vor allem in den Industriestaaten zunehmend ökologisch sensibilisiert. Dies hatte in den letzten zwei Jahrzehnten schon handfeste Auswirkungen auf die lokale Politik, was in den einzelnen Ländern zu einer Reihe von Korrekturmaßnahmen führte. Den bisherigen Höhepunkt in den globalen Anstrengungen zu einem Kurswechsel stellt die kürzliche UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio dar, an der teilweise über hundert Staats- und Regierungschefs teilnahmen. Erstmals wurde auf so umfassender globaler Ebene die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu einem erstrangigen Ziel der Weltpolitik erklärt.

Bemerkenswert ist auch, was dazu von der Seite der Wirtschaft beigetragen worden ist. Unter dem Vorsitz von *Stephan Schmidheiny* hat der aus nahezu 50 führenden Unternehmern aus der ganzen Welt gebildete «*Business Council for Sustainable Development*» unternehmerische Perspektiven für eine nach ökologischen Prinzipien arbeitende Wirtschaft aufgezeigt¹. Nach diesem Bericht kann und muss die Wirtschaft die Herausforderung annehmen, durch einen Prozess des Umdenkens und der Umstrukturierung des Industriesystems den Gegensatz zwischen der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Dynamik der industriellen Produktion *nachhaltig* zu überwinden.

Frage der politischen Durchsetzung

Das Wissen um das, was not tut, ist eines, das Umsetzen dieses Wissens in die Tat ein anderes. An wirkungsvollen Rezepten zur Änderung der Lage

fehlt es nicht. Experten bestätigen, dass die Übertragung des Nachhaltigkeitsprinzips auf die Weltwirtschaft ohne Verletzung physikalischer, chemischer und biologischer Gesetze denkbar und möglich wäre. Natürlich sind noch lange nicht alle sich stellenden Probleme gelöst. Man denke zum Beispiel nur an den Ersatz der fossilen Energieträger. Doch geht es einstweilen darum, überhaupt einmal in den Lernprozess der nachhaltigen Entwicklung einzutreten. In diesem Zusammenhang interessiert uns die Frage, ob das, was unsere wissenschaftlich-technische Vernunft dafür als notwendig erachtet, auch politisch möglich und machbar ist. Das heisst, die grundsätzliche Frage nach den politischen Möglichkeiten und Bedingungen einer globalen Durchsetzung der notwendigen Regelungen stellt sich gebieterisch. Wir dürfen bei der Erarbeitung des Wissens nicht stehen bleiben, wir haben uns auch um die politische Realisierung zu kümmern.

Im Bericht «Kurswechsel» des *Business Council for Sustainable Development* finden sich nur wenige Hinweise zu den politischen Voraussetzungen einer nachhaltigen Entwicklung. Immerhin stösst zum Beispiel folgende Textstelle die ganze Problematik an: «*Es ist jedoch von führenden Politikern – deren Verbleib im Amt von den Stimmen der heutigen Wähler abhängt – viel verlangt, die heute lebenden Generationen zur Übernahme der Kosten für das Wohl der noch nicht geborenen und noch nicht wählenden Menschen zu bewegen... Dies ist der springende Punkt bei der nachhaltigen Entwicklung und vielleicht auch der Hauptgrund dafür, warum sie zwar als Prinzip von fast allen akzeptiert wird, es bislang aber kaum konkrete Initiativen zu ihrer Realisierung gibt...*»

Hier wird auf den tiefgreifenden Interessenkonflikt zwischen der heutigen und den ungeborenen, kommenden Generationen hingewiesen. Aber ebenso schwerwiegend sind die noch ungelösten Zielkonflikte zwischen der Ersten und der Dritten Welt, da sich der heutige Lebensstil der Industrieländer kaum globalisieren lässt. Hier kündigen sich schwerwiegende Verteilprobleme an. Aber erst recht gravierend sind die noch zu lösenden Zielkonflikte innerhalb der Dritten Welt selbst: Wie kann das notwendige Wirtschaftswachstum bei dem noch Jahrzehnte anhaltenden Bevölkerungswachstum so auf einen Nenner gebracht werden, dass auch die Umwelt und die Ressourcen in entscheidender Weise geschont bleiben? Gleicht die Antwort auf den ersten Blick nicht geradezu der Quadratur des Zirkels? Unter solcher Perspektive gewinnt die Frage nach der politischen Durchsetzung eines Kurswechsels erst recht an Bedeutung. Wie kann überhaupt ein «Wille im Ganzen» entstehen, um den notwendigen Wandel global zu vollziehen? Als Grundlage zur weiteren Behandlung dieser Frage möchte ich vorgängig einige Irrwege nennen, die heute auf der politischen Ebene häufig anzutreffen sind.

Politische Irrwege aus der ökologischen Krise

Natürlich kommen die nachfolgend ausgewählten Beispiele von Irrwegen selten in reiner Form vor. Häufig werden sie in Kombination untereinander oder mit anderen hier nicht erwähnten Wegen beschritten.

Im *Öko-Fundamentalismus* hat die enttäuschte Verheissung des Fortschritts in Angst und Bedrohung umgeschlagen. Die zivilisatorische Entwicklung der Neuzeit wird generell als Sündenfall abgestempelt, der direkt in die Katastrophe führe. Angesichts der Folgelasten und der drohenden Risiken und Gefahren des Fortschritts wird der wissenschaftlich-technischen Vernunft jede weitere Legitimation abgesprochen. In dieser fortschrittsfeindlichen Stimmung wird eine antiaufklärerische Protesthaltung kultiviert, in der blindlings gegen alles angekämpft wird, was irgendwie mit Fortschritt und Wachstum zu tun hat. Durch apokalyptische Drohungen wird jedes Gespräch über die weitere wissenschaftlich-technische Entwicklung abgeblockt.

Ein solch intransigentem Radikalismus, der das Rad der neuzeitlichen Zivilisation einfach wieder zurückdrehen will, ist letzten Endes ökologisch völlig kontraproduktiv. Er lähmt die vereinigten Anstrengungen zum Ergreifen der notwendigen Korrekturmassnahmen und verhindert den Kurswechsel. Denn dieser fanatische Fundamentalismus predigt nicht Kurskorrekturen, sondern den Ausstieg aus der modernen Zivilisation.

Geht es beim Öko-Fundamentalismus eher um das «Alles oder Nichts», so würde ich in der häufigen Spielart des *politischen Moralismus* mehr das «Tun-als-ob» sehen. Bei der wachsenden Bedeutung der ökologischen Perspektive in der Öffentlichkeit versuchen Politiker, Gruppen und Parteien im täglichen Kampf um die Gunst des Wählers Punkte zu sammeln, indem sie «gute Gesinnung bekunden». Dies geschieht meist durch gesteigerte Betriebsamkeit in kosmetischen Aktionen und Alibiübungen. Man verengt damit die komplexen Sachverhalte auf die simplifizierte Formel eines politischen Moralismus. Man tut so, als ob die üble Lage mit den zivilisatorischen Folgelasten einzig und allein durch den fehlenden guten Willen der anderen herbeigeführt worden sei. Solch politischer Moralismus beruft sich nach *Hermann Lübbe*² auf das höhere Recht der eigenen, nach ideologischen Massgaben moralisch besseren Sache. Diese rhetorische Praxis setzt anstelle des sachlichen Gesprächs zwischen verantwortungsbewussten Bürgern die blosser Empörung über die fehlende Moral der anderen. Auf diese Weise wird ein neues Freund/Feind-Schema in die Politik eingeführt, das sich in der Folge in leerem Aktivismus, in der Sündenbocksuche und in der Bekundung der eigenen guten Gesinnung erschöpft.

Als dritten Irrweg erwähne ich ein basisdemokratisches Modell, das sich in unserem Zusammenhang beispielsweise als «ökologisch umgebaute

Zivilgesellschaft» präsentiert. Dieser dritte Weg ist ein Beispiel für das immer noch grassierende Denken eines illusionären Utopismus, der auch nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime sich hartnäckig behauptet. Da lese ich beispielsweise: «*Durch die zivilgesellschaftliche Rekonstruktion des sozialen und wirtschaftlichen Prozesses soll der ökologische Umbau der Industriegesellschaft ihre bislang fehlende geistig-kulturelle Mitte erhalten.*»³ Was versteckt sich hier unter dem Schlagwort «*Zivilgesellschaft*»? Nichts anderes als das seit der 68er Bewegung bei alternativen Gruppen hoch im Kurs stehende utopische Denken einer «*herrschaftsfreien Gesellschaft*». Die Ursache für den üblen Zustand der Welt wird monokausal in der ungenügenden Emanzipation der Bürger gesehen. Diese müssten sich endlich aus all ihren Abhängigkeiten befreien, indem sie «*durch aktive Initiative eigenverantwortlich und selbstbestimmt die Menschenrechte in sozialreformerischer Absicht konkret absicherten*». Im Zentrum habe das Menschenrecht auf freie, selbstbestimmte Entwicklung zu stehen. Da die alte staatliche Verwaltungsmacht versagt habe, sei die neue Zivilgesellschaft mit offenen Strukturen aufzubauen. Die Aufgaben, die dem Staate weggenommen würden, «*könnten im Rahmen der Selbstverwaltung von motivierten freien Bürgern sozial näher, lebendiger und letztlich naturangemessener wahrgenommen werden*». Und natürlich darf in dieser Zivilgesellschaft auch das Herzstück der utopischen «*herrschaftsfreien Gesellschaft*» nicht fehlen: Der Glaube an den autoritätsfreien Konflikt-austrag.

Als letztes Beispiel eines Irrweges aus der ökologischen Krise möchte ich noch den *technokratischen Wahn* nennen, dessen Suggestion erfolgreiche Wissenschaftler und Techniker besonders ausgesetzt sind. Es handelt sich dabei um den modernen Aberglauben, der Mensch könne durch den Fortschritt in Wissenschaft und Technik allwissend und allmächtig werden. Damit wird auch die «*Rettung unseres Planeten*» zu einer rein technokratischen Angelegenheit. Als illustratives Beispiel erwähne ich den Vorschlag zur Gründung eines «*Weltzentrums für die Rettung des Planeten*»⁴. Ein Stab von hochqualifizierten Wissenschaftlern hätte alle verfügbaren Informationen über Umwelt und Erde zu sammeln, zu sichten und zu vernetzen. Dazu gehört auch die Aufstellung eines Weltinventars der Ressourcen. Als weiterer Schritt käme dann die Ausarbeitung eines geltenden Verteilungsschlüssels, wofür die Wissenschaftler neue Massstäbe und Werte bereitzustellen hätten. Schliesslich sei dieses Weltzentrum zur Rettung des Planeten auch mit der Ausführung der ausgearbeiteten Pläne zu beauftragen. Die dafür benötigten neuartigen Formen der Information, Ausbildung und Durchsetzung seien durch die Wissenschaftler erst noch experimentell zu erforschen. Das Beispiel zeigt, wie rasch an sich guter Wille zum Kurswechsel in technokratischen Wahn ausarten kann.

Gefährlicher Fortschritts-Optimismus und -Pessimismus

Diese Irrwege beruhen zu einem nicht unwesentlichen Teil auf einer Verabsolutierung der Aufklärung, und zwar im positiven wie negativen Sinne. Positiv wird die Aufklärung zur Heilslehre überhöht, aus der dann ein gefährlicher Fortschrittsoptimismus entspringt. Im negativen Sinne führt die Verketterung der Aufklärung zu einem nicht minder gefährlichen Fortschrittspessimismus. Optimismus und Pessimismus sind aber die beiden Seiten ein und derselben Medaille, nämlich der Verabsolutierung der Aufklärung. Beide können nur allzu leicht ineinander umschlagen. Dazu kommt, dass das aufklärerische Denken der Neuzeit in sich komplex ist und den Fortschritt auf den verschiedensten Wegen sucht, zum Beispiel nicht nur auf dem wissenschaftlich-technischen, sondern ebenso auf dem emanzipatorisch-gesellschaftlichen Wege. An dieser Stelle wollen wir uns noch etwas näher mit der Gefahr des gesellschaftlich-politischen Fortschritts-optimismus' auseinandersetzen.

Denn heute kommt es häufig vor, dass gerade jene Zeitgenossen, die den wissenschaftlich-technischen Fortschrittsglauben mehr oder weniger verloren haben, sich um so hartnäckiger an dem nicht minder virulenten Glauben an einen ständigen gesellschaftlich-politischen Fortschritt klammern. Die Folge ist eine Flucht in illusionäre Utopien einer vollkommenen Gesellschaft, in der nur noch mit dem «Guten» im Menschen gerechnet wird. Der aufklärerische Traum von einem universalen Reich der Freiheit, der Brüderlichkeit und eines die ganze Menschheit umspannenden Friedens steht für diese Utopisten unmittelbar vor der Realisierung. Durch solch ideologisches Anspruchsdenken wird der Blick auf die harten Fakten und Konflikte nur allzu leicht getrübt, was zielgerichtetes politisches Handeln praktisch verunmöglicht. *Jakob Burckhardt* sah schon zu seiner Zeit eine der grössten Gefahren gerade von einer zu optimistischen Geschichtsbetrachtung und Erwartung ausgehen. Und erst recht besteht diese Gefahr angesichts der neuartigen Aufgaben von globaler Dimension, die durch die ökologische Bedrohung auf die Politik zukommen.

Vergegenwärtigen wir uns doch, wie der ganze Siegeslauf der neuzeitlichen Aufklärung von Anfang an stets auch von kritischen Stimmen begleitet war, die vor einer Verabsolutierung des aufklärerischen Denkens warnten. Bereits *Kant*, der grosse Aufklärer, hatte mitten im Aufbruch des modernen politischen Denkens Zweifel, ob «aus so krummen Holze, als woraus der Mensch gemacht sei, je etwas Gerades gezimmert werden könne», doch fügte er immerhin versöhnlich bei: «aber die Annäherung zu dieser Idee ist uns auferlegt»⁵. Vor über hundert Jahren meinte *Adalbert Stifter*: «Wir alle haben eine tigerartige Anlage, so wie wir auch eine himmlische haben, und wenn die tigerartige nicht geweckt wird, so meinen wir, sie sei gar nicht da...»⁶ In seinen

Dichtungen ist dann oft die Rede von den Folgen der tigerartigen Anlage: Aus Wahn, Verblendung, Unvernunft und Sturheit zerstören die Menschen oft ihr eigenes und der anderen Glück. Dies scheint auch nach drei Jahrhunderten der Aufklärung und des Fortschritts nicht anders zu sein. Ein Blick auf die Schlagzeilen der heutigen Zeitungen belegen diese Wahrheit täglich. Gewalttätige Konflikte und unversöhnlicher Streit sind auf dieser Welt an der Tagesordnung und verhindern oder bremsen selbst bei den ärmsten Völkern oft eine nachhaltige friedliche Entwicklung. Bereits von *Hegel*, der im 19. Jahrhundert doch am konsequentesten den Fortschritt der Vernunft am Werke sah, ist überliefert, dass ihn die Juli-Revolution 1830 in Bestürzung versetzte, weil sie sein Fortschrittsdenken in der Geschichte in Frage zu stellen schien⁷.

Und selbst bei einigen bisherigen Verfechtern des modernen sozialutopischen Denkens ist Ernüchterung eingetreten. So stellt beispielsweise *Hans Magnus Enzensberger*, einer der Wortführer des gesellschaftskritischen Denkens der sechziger und siebziger Jahre, heute «*die prinzipielle Unmöglichkeit fest, den gesellschaftlichen Prozess vorherzusehen, einem allgemeinen Kalkül zu unterwerfen und von oben her zu beherrschen*»⁸. Für ihn ist «*der schaukelnde, instabile Gang der Dinge das Normalste, und das heisst auch das Unberechenbarste von der Welt*» geworden. Damit nähern sich auch Denker, die bisher idealistischen Utopien nachjagten, jener kritischen Position, die *Karl Jaspers* in seiner berühmten Lagebeurteilung von 1931 «*Die geistige Situation der Zeit*⁹» vorweg genommen hat. Jaspers hat eindrücklich vor der Verabsolutierung der Daseinsordnung gewarnt: «*Dass der Mensch in eine planvolle Daseinsordnung nicht endgültig eingeht, ist im Ganzen daran abzulesen, dass diese Ordnung selbst in Gegensätze gespalten ist (...) denn die das Dasein hervorbringenden Kräfte selbst sind antinomisch (...)*»

Überforderung der Politik

Unsere allgemeine Verunsicherung rührt nicht nur von den Folgelasten unserer zivilisatorischen Entwicklung her. Mit dem Fortschreiten unserer Zivilisation sind auch die Leuchtfeuer unserer allgemeinen Orientierung zunehmend erloschen. In der Antike war das «*gute Leben*» ein Leitbegriff, heute ist nur noch vom «*Überleben*» die Rede. Können wir uns aber im Ernst eine Menschheit vorstellen, die als riesiger Leviathan funktioniert und alle Menschen zum Zwecke des blossen Überlebens der Gattung instrumentalisiert? Sicher kann die Gattung Mensch nicht gerettet werden, wenn die Menschenwürde missachtet und mit Füßen getreten wird. Genau davor hat Jaspers damals gewarnt: «*Organisation ruiniert, was sie sichern möchte, den*

Menschen als Menschen, wenn sie nicht durch Gegenkräfte in Zaun gehalten würde.» Welcher Art sind diese Gegenkräfte?

Jedenfalls ist nach all den Allwissenheits- und Allmachtsträumen der modernen Fortschrittsutopien Ernüchterung eingetreten, und wir Zeitgenossen werden zunehmend wieder mit der Grunderfahrung der Grenze, nämlich unserer Endlichkeit, konfrontiert. So hat der über 90jährige Denker *Hans-Georg Gadamer*¹⁰ nach einem langen Leben des philosophischen Nachdenkens dieser Grunderfahrung kürzlich wieder lebhaft Ausdruck verliehen: *«Wir sind endliche Geschöpfe, die nicht Herr ihrer selbst sind und nicht Herr der Welt, die sie umgibt. Die Welt ist unsere Lebenswelt, in der wir alle uns befinden und an der wir teilhaben, in der wir gewinnen und verlieren. Wir wissen nicht, wie wir auf die Welt kommen und ebenso wenig, wann wir Abschied nehmen. (...) All das macht (...) die unhintergehbare Faktizität aus. Wie soll man das denkend bewältigen?»*

Einer der zeitgenössischen Lehrer der politischen Philosophie, *Wilhelm Hennis*, hat die Behauptung gewagt, dass die Religion das grosse philosophische Thema am Ende dieses Jahrhunderts abgeben werde¹¹. Nach dem Scheitern des utopischen Denkens scheint einiges für diese These zu sprechen. Denn zum gleichen Zeitpunkt, da sich die Politik mit ganz neuartigen und globalen Problemen konfrontiert sieht, haben sich andererseits auch die religiösen Grundlagen in allen Gesellschaften weitgehend aufgelöst. Gegenwärtig können wir das Scheitern jener grossen Bewegungen unseres Jahrhunderts wie Marxismus und Positivismus mitverfolgen, die *«das Thema Religion auf den Schutthaufen der Geschichte karren»* und der Politik eine säkulare Ersatzreligion verpassen wollten. *«Auch wenn es verfrüht wäre, von einer Wiederkehr des Religiösen in der modernen Lebenswelt zu sprechen, scheint die Entfremdung doch zum Stillstand gekommen und eine gegensinnige Bewegung eingetreten zu sein»*, meint der Theologe *Eugen Biser* in seiner *«Glaubensprognose»* von 1991¹². Eines wird immer deutlicher und kann immer weniger übersehen werden: Politik, die nur auf sich selbst gestellt ist, wird hoffnungslos überfordert.

Sinnsuche

Aus tieferem Ursprunge melden sich immer eindringlicher Fragen nach dem Wohin und Wofür. Hier bricht die Sinnfrage mit elementarer Kraft hervor. Deshalb kann der Denker *Max Müller* sagen: *«Auf dem Höhepunkt wissenschaftlich-technischer Erfolge erfahren wir auf einmal den <Fehl> dessen, wofür und woraufhin diese Erfolge nun eigentlich erfolgen»*. Und weiter: *«Die Erfahrung des Sinnes ist im säkularen wie im sakralen Bereich zur Erfahrung des Fehlens von Sinn geworden, und der Sinn, der schmerzlich*

*entbehrt wird, ist nur noch als Erinnerung und als Erwartung da, als Vergangenheit oder Zukunft, beide aber ohne die Mitte der Gegenwart (...).*¹³»

Politik als die Kunst der Regelung der vorletzten Fragen steht machtlos vor den letzten Fragen. Die letzten Fragen sind jene, in denen es um den Sinn unseres Lebens und Sterbens, um den Sinn der Geschichte und überhaupt um den Sinn des Ganzen und Letzten geht. Hier kann uns keine noch so geschickte Politik mit noch so viel wissenschaftlicher Beratung weiterhelfen, denn sie ist ausserstande, den Sinn selbst zu konstruieren. Im Gegenteil bedarf es einer letzten (ausserpolitischen) Orientierung, soll Initiative und Tatkraft in der Politik nicht fehlgeleitet werden. Wo diese fehlt, werden wir auf den Irrweg einer gemachten Heilslehre gedrängt, die sich in ideologischen, utopischen oder anderen illusionären Kleidern anbietet.

Traditionsgemäss hat die Religion Antwort auf die letzten Fragen gegeben. Wenn wir auch in einer Zeit leben, in der – mit *Nietzsche* gesprochen – «*Gott tot ist*», so ist es doch undenkbar, dass in der kommenden Geschichtsepoche, in der – wiederum mit *Nietzsche* gesprochen – der «*Kampf um die Erdherrschaft*», beginnt, die Religion nicht wieder entscheidend ins Spiel kommen wird. Vielleicht aber in einer ganz anderen Art und Weise, als wir (und die Kirchen) uns das heute vorstellen können¹⁴. Eine friedliche Weltordnung und ein Kurswechsel zu einer nachhaltigen Entwicklung sind ohne Konfrontation mit den letzten Fragen gar nicht möglich. Hier ist aber vor einem Fehlschluss zu warnen, wenn in neuzeitlicher Manier gefolgert wird, wir müssten die fehlende Religion eben «machen». Einen religiösen Glauben aus zweckrationalen Gründen herbeiführen zu wollen, bedeutet nichts Geringeres als eine bloss instrumentale Instrumentalisierung Gottes und des Menschen. Weder die Vergöttlichung der Vernunft, die Flucht ins Irrationale, «*die Arbeit am Mythos*» (*Blumenberg*) noch sonst ein machbares Verfahren kann die Religion ersetzen und das Unbeweisbare, das Unerklärliche und Unverfügbare doch noch verfügbar machen. «(...) *wie sollte man im Denken des Gottwesens rechnen wollen, statt sich umzubesinnen auf die Gefahr eines Befremdlichen und Unberechenbaren?* (...)» fragt *Martin Heidegger*¹⁵.

Niemand weiss, wie und wann die Religion wieder ins Spiel kommen wird. Das Geheimnis gehört zum Wesen der Religion. Wir müssen aber offen bleiben für dieses Geheimnis und nicht voreilig die Politik mit jenen Fragen belasten, für die doch die Religion die Antworten gibt. Der in Basel lehrende Philosoph *Henning Ottmann* macht klar, was wir unter der Rückkehr der Religion gerade nicht erwarten dürfen, nämlich auf keinen Fall eine Retheologisierung weltanschaulich neutraler Politik, deren Preis die moderne Freiheit wäre¹⁶: «*Vielmehr lässt sie (die Religion) die weltanschaulich neutralisierte Politik von dem zehren, was sie als Bedingung ihrer eigenen Möglichkeit an Unantastbarem benötigt.*» Politik muss also gerade aus der falschen

Konkurrenz mit Religion befreit werden. Dies ist auch der Imperativ für die Politik eines globalen Kurswechsels.

Die Programme für eine nachhaltige Entwicklung sind im Bewusstsein der Grenzen jeder Politik auszuarbeiten. Von allen Allwissenheits- und Allmachtsgelüsten muss deutlich Abschied genommen werden. Nur wenn wir die Grenzen der Unverfügbarkeit von Mitmensch, Natur und Geschichte respektieren, schaffen wir die Voraussetzungen für sinnvolles politisches Handeln. Die Möglichkeiten der Politik kann nur ausschöpfen, wer auf ihre Grenzen achtet. Innerhalb dieser Grenzen ist Politik die Kunst des Möglichen, die ihre Initiative und Tatkraft im Bereich des Machbaren entfaltet. So braucht es nach Ottmann beispielsweise keine Religion, um die Gewaltenteilung in der Politik zu begründen. Dazu gehört schon das gesunde Misstrauen gegen die Ballung der Macht sowie das Wissen um die segensreichen Folgen einer Herrschaftskontrolle durch die Balancierung der Gewalten: *«Anerkennung von Unverfügbarem entlastet die Politik von den Zumutungen säkularisierter Erlösungen und Verdammnisse. Sie ist Voraussetzung aller zivilpolitischen Mässigung (...)»* Auch die Politik eines globalen Kurswechsels muss den Weg unter diesem Stern suchen.

¹ Stephan Schmidheiny, «Kurswechsel», München 1992. – ² Hermann Lübke, «Politischer Moralismus». Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft, Berlin 1987. – ³ Otto Ulrich, «Umweltkrise – Kulturkrise», Die Zivilgesellschaft als ökologische Handlungsoption, in «Universitas» No. 552, Stuttgart Juni 1992. – ⁴ Hans Noll, «Umwelt oder Waffen», Ein Weltzentrum zur Rettung des Planeten, Zürich 1992. – ⁵ Immanuel Kant, Kant hat die Frage, «ob das menschliche Geschlecht im beständigen Fortschreiten zum Besseren sei», verschiedentlich behandelt. So im «Streit der Fakultäten». Zitat gemäss Helmut Gollwitzer, «Krummes Holz – aufrechter Gang», München 2. Auflage 1971. – ⁶ Adalbert Stifter, «Zuversicht», Erzählung aus dem Jahre 1846. Gesammelte Werke in 14 Bänden, Birkhäuser Basel. – ⁷ Hans-Georg Gadamer, «Hegel und die Sprache der Metaphysik», in «Sprache und Ethik im technologischen Zeitalter», Bamberg 1991. – ⁸ Hans Magnus Enzensberger, «Gangarten». Ein Nachtrag zur Utopie, in «Kursbuch», Heft 100, «Die Welt von morgen», Berlin Juni 1990. – ⁹ Karl Jaspers, «Die geistige Situation der Zeit». Sammlung Göschen, Band 1000. Zweiter unveränderter Abdruck der im Sommer 1932 bearbeiteten 5. Auflage, Berlin 1949. – ¹⁰ siehe ⁷. – ¹¹ Wilhelm Hennis, «Ende der Politik?» Zur Krisis der Politik in der Neuzeit, in «Merkur» No. 278, Stuttgart Juni 1971. – ¹² Eugen Biser, «Glaubensprognose». Orientierung in postsäkularistischer Zeit, Graz 1991. – ¹³ Max Müller, «Wesen der Sinnerfahrung des Menschen von heute», in Ansgar Paus (Hrsg.), «Suche nach Sinn – Suche nach Gott», Graz 1978. – ¹⁴ Armin Baumgartner, «Wider den fundamentalistischen Zeitgeist». Gedanken zur Religion nach der Aufklärung, in «Schweizer Monatshefte», Zürich, September 1992. – ¹⁵ Martin Heidegger, «Beiträge zur Philosophie» (Vom Ereignis), Gesamtausgabe Band 65, Frankfurt a.M. 1989. Erstmals 1989 aus dem Nachlass publiziert. – ¹⁶ Henning Ottmann, «Politische Theologie als Begriffsgeschichte», in Volker Gerhardt (Hrsg.), «Der Begriff der Politik». (Verlag J. B. Metzler) 1990.